



# NIEDERSACHSEN VORWÄRTS

APRIL 2013 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

## EDITORIAL



### LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

nun ist die rot-grüne Landesregierung einige Wochen im Amt und die ersten Projekte nehmen Konturen an. In vielen Fällen gibt es dabei einen Zusammenhang zwischen der Landes- und der Bundespolitik. Ein Beispiel gefällig? Der Mindestlohn! Im Land wollen wir schnell dafür sorgen, dass Aufträge des Landes und der Kommunen nicht mehr für Stundenlöhne unter 8,50 erteilt werden. Aber das reicht natürlich nicht, wir brauchen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Deswegen hat die (nach der Niedersachsen-Wahl) neue Mehrheit im Bundesrat gleich Anfang März eine solche Gesetzes-Initiative angeschoben, natürlich mit den Stimmen Niedersachsens. Was jetzt noch fehlt, ist die Mehrheit im Bundestag für den Mindestlohn. Dafür lasst uns in den nächsten Monaten gemeinsam kämpfen.

Herzlichst  
Euer

Stephan Weil  
Landesvorsitzender

## MIT SCHWUNG IN DIE NÄCHSTE WAHL

In Niedersachsen haben SPD und Grüne die Landtagswahl gewonnen. Mit einem überzeugenden Politikangebot, einem dialogorientierten Politikstil und einer guten Mannschaft konnte die SPD ihre Stammwählerschaft halten und sogar viele Menschen zurück gewinnen, die bereits in das Lager der Nichtwähler abgewandert waren.

»Nach der Wahl ist vor der Wahl« – nach diesem Motto gilt es, den Schwung der Landtagswahl aufzunehmen und in eine erfolgreiche Bundestagswahl zu starten. Landauf landab wurden in den zurück

liegenden Wochen Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen aufgestellt. Es folgt der Beschluss über die Landesliste auf einer Delegiertenkonferenz am 15. Juni. Das laufende Jahr wird eines der bedeutendsten in unserer sozialdemokratischen Geschichte: Fest verwurzelt in einer 150-jährigen Tradition wollen wir uns den aktuellen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen stellen.

Die Kernpunkte unserer Kampagne zur Bundestagswahl am 22. September schließen nahtlos an unser Politikangebot in Niedersachsen an:

Wir haben soziale Gerechtigkeit und den Zusammenhalt in der Gesellschaft als Kern für unsere Politik benannt – und das wird von den Bürgerinnen und Bürger honoriert. Während CDU/CSU und FDP nur Berichte schönen, wollen wir die soziale Lage in Deutschland verbessern.

Wir machen soziale und demokratische Politik für die Menschen, aber auch mit ihnen. Das dem Bundesparteitag vorliegende Wahlprogramm wird auch elf Vorschläge enthalten, die Bürgerinnen und Bürger entwickelt haben – dialogorientiert und bürgernah.

Auch die vier Schwerpunktthemen (Gerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung; Freiheiten leben – Moderne Gesellschaft; Wirtschaft und Wachstum; Sicherheit und Vorsorge) schließen nahtlos an unsere niedersächsischen Wahlkampfthemen an. ■

## ERINNERN UND GEDENKEN

Gedenkfeier zum 80. Jahrestag der Besetzung des Volksfreundhauses durch die Nazis



Auch Staatssekretär Jörg Röhm, Braunschweigs Bürgermeisterin Annegret Ihbe, Niedersachsens Finanzminister Peter-Jürgen Schneider, Ehrenvorsitzender Gerhard Glogowski und der Vorsitzende des SPD-Bezirks Braunschweig Hubertus Heil nahmen an der Gedenkfeier teil (vorne, v.l.n.r.).

Am 9. März 1933 um 16.05 Uhr überfielen und besetzten die Nazis in Braunschweig das Volksfreundhaus. In diesem hatten damals neben der SPD auch Gewerkschaften, die Arbeiterwohlfahrt und eine Verlagsdruckerei samt Redaktion ihre Räume.

Während des Überfalls und der Besetzung schlugen und töteten die Nazis Sozialdemokrat/-innen und Gewerkschafter/-innen. Das Inventar des Hauses wurde zertrümmert, Akten verbrannt. Um an die Besetzung zu erinnern und den Opfern zu gedenken, veranstaltete die SPD im Bezirk Braunschweig gemeinsam mit dem DGB, Region Südost-Niedersachsen, am 9. März eine Gedenkfeier im Volksfreundhaus.

An dieser wirkten das Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte, die Akademie für Regionale Gewerkschaftsgeschichte und der Gitarrist Rolf Stöckel mit. Die schrecklichen Ereignisse wurden durch die Verlesung von Zeitungsberichten, Protokollauszügen und von Zeitzeugenberichten eindrucksvoll in Erinnerung gerufen. Mit dem Titel »Welche Bedeutung hat die Volksfreundhaus-Besetzung« beleuchtet und erinnerte Prof. Dr. Gerd Biegel die Ereignisse im Jahr 1933 und die Entwicklungen, welche zur Machtergreifung der Nazis führten.

Der Vortrag von Prof. Dr. Biegel und eine Dokumentation über die Besetzung des Volksfreundhauses sind beim SPD Bezirk Braunschweig erhältlich. ■

## TERMINE

### HANNOVER, 5. APRIL 2013

»150 Jahr SPD – Festveranstaltung SPD Bezirk Hannover«

### SPRINGE, 12.–13. APRIL 2013

»Springer Dialog 2013« Gewerkschaften und Sozialdemokrat/-innen im Dialog  
**Mehr Infos:** [www.hvhs-springe.de](http://www.hvhs-springe.de)

### NIEDERSACHSEN, 15. und 16. APRIL 2013

Ländertour von Peer Steinbrück

### SALZGITTER, 19. APRIL 2013

Bezirksdelegiertenkonferenz  
Bezirk Braunschweig

### GIFHORN, 27. APRIL 2013

Ordentlicher Bezirksparteitag  
Bezirk Braunschweig

### LINGEN, 17. MAI 2013

Kleiner Bezirksparteitag  
Bezirk Weser-Ems

### HANNOVER, 25. MAI 2013

Bezirksvorstand/-beirat/-vertreterkonferenz – Bezirk Hannover

### HANNOVER, 8. JUNI 2013

Bezirksparteitag – Bezirk Hannover

### WALSRODE, 15. JUNI 2013

Landeslistenvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2013

## VORWÄRTS RÄTSEL

Am 26. April 1933 erklärt Otto Wels auf der letzten Reichskonferenz der SPD, dass die Partei die Chancen für den Nationalsozialismus unterschätzt habe, die sich aus der schwierigen Lage nach der Weltwirtschaftskrise ergeben habe. Dem ADGB, der eine Woche zuvor seine Mitglieder aufgerufen hatte, sich am von den Nazis verkündeten »Feiertag der nationalen Arbeit« zu beteiligen, wirft Wels Anbiederung vor. Die SPD dürfe auf den »ideologischen Widerstand gegen das herrschende System« nicht verzichten, erklärt Wels, denn »ohne geistige Freiheit und staatsbürgerliche Gleichberechtigung« könne es »einen wirklichen Sozialismus« nicht geben. Das klingt trotzig, ist aber das Eingeständnis von Resignation. Schon eine Woche später gehen Otto Wels und viele seiner Vorstandsgenossen ins Exil. Wo fand die Reichskonferenz statt? Zu gewinnen gibt es eine »Kleine Geschichte der SPD«. ■ *lopo*

Die Lösung bitte an den

vorwärts, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Im März war Otto Wels gesucht. Werner Blumenbergs »Kämpfer für die Freiheit« geht an Margot Sandelmann in Braunschweig.



**Matthias Groote aus dem ostfriesischen Ostrhauderfehn ist Mitglied des Europäischen Parlaments. Der 39-Jährige gelernte Industriemechaniker und Diplom-Wirtschaftsingenieur ist Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit.**

**Impressum**

Herausgeber: SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Heike Werner

Redaktion: Ron Dießner, Tobias Gombert, Remmer Hein, Karl-Heinz Mühe

Anschrift: Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

E-Mail: vorwaerts@spdnds.de

Layout & Satz: Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de

## AUF DER HUT BLEIBEN VOR PRIVATISIERUNG DES WASSERS

Millionen von Bürgern zeigen EU-Kommission die rote Karte: Wasser ist Menschenrecht

Von Matthias Groote

Wasser mobilisiert die Massen – selbst bei uns in Deutschland, wo kein Mangel an Wasser herrscht. Aber offensichtlich erkennen die meisten Menschen, dass Wasser mehr ist als ein normales Handelsgut, mehr als Schrauben oder Radiergummi. Die Europäische Kommission hat offensichtlich die Brisanz des Themas verkannt – und gleichzeitig einsehen müssen, dass die Europäische Bürgerinitiative kein zahnlöser Tiger ist.

Das Europäische Parlament hat die Möglichkeit einer europaweiten Bürgerinitiative vor einem Jahr beschlossen – und dafür spöttische und skeptische Kommentare geerntet. Aber die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« schreibt auf Anhieb Geschichte und besteht ihre Bewährungsprobe mit Bravour. Sie hat als erste innerhalb kurzer Zeit in Europa eine Million Unterschriften gesammelt und damit die von der EU aufgebaute Hürde übersprungen. Mittlerweile schnellte die Zahl auf 1,2 Millionen. Im September sollen zwei Millionen erreicht sein.

Vor allem wir Sozialdemokraten und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di treiben neben Umwelt- und Naturschutzverbänden die Initiative kräftig an. Alle sind sich einig: Wasser und Sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht. Es darf deshalb nicht den Binnenmarktregeln unterworfen werden, wie es die EU-Kommission mit ihrer so genannten Konzessionsrichtlinie vorhat. Zwar rudert Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier mittlerweile etwas zurück. Aber nicht nur unsere Kommunalen Spitzenverbände und viele Städtewerke und Wasserversorgungsverbände fürchten, dass die EU mit einer Salami-Taktik die Wasserversorgung privatisieren will.

### Mit Salamitaktik zur Privatisierung

Die Richtlinie sieht vor, dass künftig alle Dienstleistungen, für die man eine Konzession braucht, europaweit öffentlich ausgeschrieben werden – mit Ausnahme der Wasserversorgung und der Rettungsdienste. Allerdings gilt die Ausnahme nur bis 2020. Kommunale Wasserversorger sollten sich deshalb nicht einlullen lassen, dass sie eine Schonfrist bis 2020 haben. Sechs, sieben Jahre sind schnell um, und dann könnte klar sein: Wasser ist kein Allgemeingut mehr, sondern wird dem europäischen Handelsrecht unterstellt. Unsere Lösung kann deshalb nur heißen: Hände weg vom Wasser. Wasser muss Gut der Bürger bleiben.

Das war auch der Tenor einer von mir vor wenigen Tagen ausgerichteten Fachtagung in Oldenburg über den Schutz des Wassers als öffentliches Gut. Teilnehmer waren Fachleute des Umweltbundesamtes, des Deutschen Städtetages, des Oldenburgisch-Ostfriesischen Wasserverbandes, des Nabu, der Gewerkschaft ver.di sowie unsere Landtagsfraktions-Chefin Hanne Modder und unsere Abgeordnete Sigrid Rakow.

EU-Kommissar Barnier merkt, dass ihm von Politik, Verbänden und Millionen von Bürgern der Wind ins Gesicht weht. Er wiegelt ab und beteuert, dass die Richtlinie nicht in die kommunale Selbstverwaltung eingreift. Aber tatsächlich ist Gefahr im Verzug, weil die Richtlinie schwammig formuliert ist. Wir Sozialdemokraten verlangen ein klares Bekenntnis in Europa, dass Kommunen auch künftig selbst entscheiden können, wie sie ihre Bürger mit Wasser versorgen wollen. Wasser bleibt ein wesentlicher Teil der kommunalen Daseinsfürsorge. Sozialdemokratisches Grundverständnis ist, dass Wasser nicht dem Profitstreben von Konzernen geopfert werden soll.

### Wasserqualität auf Weltniveau

Unverständlich ist, dass die Kommission Qualitätsfragen vorschiebt. Einheitliche Qualitätsanforderungen ließen sich auch anders regeln als über den Binnenmarkt. Umso mehr stößt das Vorhaben in Deutschland auf Widerstand, weil Trinkwasser bei uns qualitativ zweifellos Weltniveau erreicht und höhere Standards als Mineralwasser erfüllen muss. Deshalb hört man ein wenig die Nachtigall trapsen, dass ein französischer Kommissar eine Privatisierung durch die Hintertür anstrebt. Dann wäre nämlich der Weg frei auf den deutschen Markt für die französischen Wasserkonzerne, die bei unseren Nachbarn die Versorgung in Händen haben.

Wir wollen nicht verschweigen, dass die geplante Konzessionsrichtlinie grundsätzlich gut ist. Sie will Transparenz schaffen, soziale Standards sichern und Korruption bekämpfen. Das kann für viele Konzessionen gelten. Aber eben nicht für Wasser, das ein Menschenrecht und damit ein wesentlicher Teil der staatlichen, in diesem Fall kommunalen Daseinsfürsorge ist. Wasser ist bei den Kommunen und ihren Ablegern in besten Händen. Sie sorgen seit eh und je für Qualität und Bezahlbarkeit. ■